



Ja zum UBS-Staatsvertrag mit Zusatzschlaufe

Der Nationalrat hat den UBS-Vertrag genehmigt, will ihn aber dem Referendum unterstellen

Im zweiten Anlauf hat der Nationalrat Ja gesagt zum UBS-Vertrag. Entscheidend war das Schwenken der SVP. Doch das Ja kam mit einem «Aber».

hus, Bern · Tag der Götterdämmerung im Nationalrat. Die grosse Kammer beugte sich am Dienstag erneut über den umstrittenen Staatsvertrag Schweiz - USA in Sachen UBS. Ein im wahrsten Sinn des Wortes «verantwortungsloses» Protest-Nein konnte sich der Rat dieses Mal im Gegensatz zur Vorwoche nicht mehr leisten. Denn eine neuerliche Ablehnung hätte definitiv das Aus für den Vertrag bedeutet, und die Gegner hätten die Verantwortung für die Folgen tragen müssen.

Die Frage war, ob die Bedeutungsschwere des Entscheids letztlich genügend Skeptiker bei den Polparteien SVP und SP zu einem Umschwenken veranlassen würde. Georges Theiler (fdp., Luzern) von der Wirtschaftskommission malte in der Eintretensdebatte für den Fall eines Nein mögliche Schlagzeilen ausländischer Medien an die Wand: «Die Schweiz schützt amerikanische Steuerbetrüger. Die Schweiz hält nicht Wort. Der Schweiz kann man nicht trauen.» Das Hickhack um den Staatsvertrag hat laut Georges Theiler auch dem Vertrauen zum Parlament in der Schweizer Bevölkerung geschadet. Er erinnerte die Ratsmitglieder daran, dass sie ihren Eid für das Land und nicht für ihre Partei geschworen hätten.

SVP-Bedingungen fast erfüllt?

Bald darauf schuf SVP-Fraktionschef Caspar Baader eine gewisse Klarheit über die Mehrheitsverhältnisse im Rat. Die beiden von der SVP gestellten Bedingungen für die Zustimmung der Fraktion zum Vertrag – Einschränkung der bundesrätlichen Kompetenzen bei künftigen Staatsverträgen und Nein zu neuen Unternehmenssteuern – seien «zu 95 Prozent» erfüllt, erklärte Baader. Unschön seien die beiden vom Ständerat überwiesenen Steuer-Motionen, die im Nationalrat noch nicht behandelt worden seien. Man habe jedoch von führenden Exponenten der Mitte-Parteien «klare Willenskundgebungen gegen die beiden Motionen und damit gegen eine derartige neue Unternehmenssteuer erhalten». Die Mehrheit der SVP-Fraktion werde deshalb dem Staatsvertrag durch ein Ja oder Enthaltung zum Durchbruch verhelfen. Hart gab sich dagegen weiterhin die SP-Fraktion. Ohne konkrete Beschlüsse zur Lösung des Grossbankenproblems und für eine Bonussteuer werde die SP den UBS-Vertrag ablehnen, erklärte Fraktionssprecherin Susanne Leutenegger Oberholzer.

Es gehe um die Glaubwürdigkeit der Schweiz und die Abwendung von Schäden für die Volkswirtschaft, sagte Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf. Es gebe für den Fall eines Nein konkrete Anhaltspunkte für massive administrative und steuerliche Erschwernisse für Schweizer Firmen in den USA. In Sachen Grossbankenproblem und Bonussteuer wird der Bundesrat laut Widmer-Schlumpf wie geplant bis Ende Jahr Vorlagen unterbreiten. Doch in der lau-

fenden Debatte im Nationalrat gehe es nur um eine Frage: «Wollen Sie ein Problem lösen, oder wollen Sie es weiter bewirtschaften?»

Die Antwort des Nationalrats: ein bisschen von beidem. In der Gesamtabstimmung erhielt der Vertrag mit 81 Ja- gegen 61 Nein-Stimmen bei 53 Enthaltungen eine deutliche Mehrheit. Den Umschwung im Vergleich zur vergangenen Woche bewirkte die SVP, deren Mitglieder sich mehrheitlich der Stimme enthielten (vgl. Textkasten).

Es ist noch nicht vorbei

Doch das ist noch nicht das Ende der leidigen Geschichte. Denn bei der Referendumsfrage blieb die unheilige Allianz SVP/SP im Geschäft. Die Ausdehnung des Theaters böte den Polparteien die Chance, mit ihren «Bedingungen» für staatstragendes Verhalten noch länger für Ungemach zu sorgen.

Der Vertrag enthalte wichtige rechtsetzende Bestimmungen und sei deshalb dem Referendum zu unterstellen, sagte SVP-Präsident Toni Brunner. SP-Präsident Christian Levrat bemühte sich gar nicht erst um juristische Argumentationen. Seine Botschaft: Die Bürgerlichen hätten es versäumt, etwas gegen das Grossbankenproblem und die Abzockerei zu tun, und es sei nun Zeit, dass das Volk sich äussern könne – weshalb die SP den UBS-Vertrag dem Referendum unterstellen wolle. Das wollte am Dienstag eine Mehrheit: 106 Nationalräte stimmten dafür und 80 dagegen, bei 9 Enthaltungen. Das skurrile Polittheater verlängert sich damit weiter.



So stimmten die Fraktionen

(sda) · In der Gesamtabstimmung zum UBS-Vertrag legten 44 Mitglieder der SVP-Fraktion leer ein. Zugestimmt haben lediglich 2, Pierre-François Veillon und Thomas Hurter. Nein stimmten 13 Nationalräte: Dominique Baettig, Andreas Brönnimann, Norman Gobbi, Alfred Heer, Rudolf Joder, Hans Kaufmann, Christian Miesch, Yves Nidegger, Lukas Reimann, André Reymond, Natalie Rickli, Pirmin Schwander und Walter Wobmann.

In der SP-Fraktion gab es 36 Nein. Ja stimmte nur Mario Fehr. 3 SP-Vertreter enthielten sich: Prisca Birrer-Heimo, Hans Stöckli und Eric Nussbaumer. Die Grünen waren gespalten: 10 Parlama-

rierinnen und Parlamentarier stimmten Nein, 7 Ja. Ja stimmten Daniel Bréaz, Bastien Girod, Adèle Thorens, Antonio Hodgers, Geri Müller, Christian van Singer und Alec von Graffenried. Der Stimme enthielten sich Yvonne Gilli, Maya Graf, Anita Lachenmeier, Louis Schelbert und Brigit Wyss.

Von der Fraktion der CVP, EVP und Grünliberalen stimmten 33 Mitglieder dem Staatsvertrag zu. Nein stimmten Paul-André Roux und Reto Wehrli. Jacques Neirynek enthielt sich der Stimme. Keine Abweichler gab es in der FDP-Fraktion: 33 Nationalräte stimmten zu, 2 waren abwesend. Auch alle 5 BDP-Vertreter sagten Ja.